

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erhebt an jedem Montag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 100,00 Mark, durch die Halle bis letzter Zahlstellung monatlich März 190,00, in den Rangschritten abgeheilt März 180,00 monatlich. Die Abholgebühren Rangschritten-Mitglieder-Zeile mit Entschreibung März 18,00, im auswärtsigen Bezugs-1 Mark 15,00. Restlos die Wille-Meter-Zeile März 40,00 im Ostverkauf und März 30,00 im auswärtsigen Verkauf. Rangschritten-Gebühr: Zehn drei neunzig.

Redaktions-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Straße Posthausstraße 17. Fernsprecher-Konzernzentrale: Sommer-Nachmittag: März 24. Druck-Abteilung: Sommer-Nachmittag: Halle a. S., Postfach 102. Fernsprecher: Halle a. S., Postfach 102. Verlags-Abteilung: Halle a. S., Postfach 102. Fernsprecher: Halle a. S., Postfach 102. Verlags-Abteilung: Halle a. S., Postfach 102. Fernsprecher: Halle a. S., Postfach 102.

Neuregelung der Einkommensteuer.

Berücksichtigung der Geldentwertung • Abschluß der Berliner Verhandlungen
Pariser Reparationsdebatte • Wie Poincaré das Wiederherstellungsproblem löst.

„Zuerst Selbsthilfe“

Braburn über Deutschlands ernste Lage.

London, 10. November. (Eig. Drahtmeldung.) Braburn hat den englischen Zeitungs-Korrespondenten in Berlin zum Abschluß der Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Replo-Erklärungen abgegeben, worin es u. a. heißt: Wir haben die Lage in Deutschland genau geprüft und sie als sehr ernst erachtet. Sofortige Maßnahmen sind nötig, und man wird Deutschland ein gewisses Maß von Zugeständnissen und äußere Hilfe zuteil werden lassen müssen. Jedes muß Deutschland vor diesen Zugeständnissen zuerst mit der Selbsthilfe beginnen. Es muß sich selber gegen seine Katastrophe wehren und nicht lediglich auf gute Hoffen hoffen. Wenn es an die unheilbare Katastrophe glauben würde, würde es nur höhere Kräfte anrufen, für die der Rhein keine Grenze und die Wälder jenseits des Vermeinals kein so respektierendes Hindernis darstellen. Er, Braburn, sei gegen eine Zwangs- und Kontrollpolitik. Sie würde nur den Franken auf dem Weg der Welt bringen. Das Produktionsvermögen Deutschlands, keine Substanz dürfe nicht veräußert werden. Im übrigen erwartet er, daß in Paris nach genauer Prüfung der deutschen Vorschläge weitere Verhandlungen im Haag vereinbart werden.

Die Fraktionsführer beim Reichstages.

Berlin, 10. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der Reichstagsrat hat am Donnerstag die Wähler der Sozialdemokratischen Partei der Deutschen Volkspartei und der christlichen Volkspartei empfangen und ausführliche Mitteilungen über das Ergebnis der Berechnungen mit der Reparationskommission gemacht. Im Anschluß daran wurden auch die Führer der Deutschnationalen Volkspartei unterrichtet. Im Reichstagsrat fand dann eine Sitzung der Fraktion der Deutschen Volkspartei statt, in der besondere Beschlüsse nicht gefaßt wurden. Die Beschlüsse über die Verhältnisse der Mitte eine Beratung ab, in der man sich zunächst über die Verhandlungen mit der Reparationskommission aussprach. Außerdem wurde das Problem einer Veränderung der Reichsregierung besprochen. Fall allgemein wurde die Ansicht vertreten, daß nach dem vorläufigen Abschluß der Berechnungen mit der Reparationskommission das maßgebende vorläufige innerspolitische Problem der Lösung der äußeren Regierungsaufgabe endlich in Angriff genommen werden müsse. Auch der Reichstagsrat hat mehrfach in der letzten Zeit sich dahin geäußert, daß eine Heranbeziehung der wirtschaftlichen Kräfte zur Ministerantwort bei den Geldfällen des Staates notwendig ist. Am Montag abend werden sämtliche Fraktionen über die politische Lage beraten; für Dienstag mittags 1 Uhr ist eine Sitzung des Reichstages vorgesehen, in der die Regierung eine Erklärung über die politische Lage abgeben und an die eine große politische Debatte sich anschließen wird.

Abreise der Replo.

Berlin, 10. November. Die Regierung hat den Schriftführer mit der Replo veröffentlicht, dessen Inhalt sich mit den gestern mitgeteilten Nachrichten deckt. Die Reparationskommission hat die Sitzung am Donnerstag abend hier in der Reichsgemeinschaft der Reichsregierung mitteilt. Sie wird von deren Schreiben Kenntnis genommen und werde, nachdem sie nach Paris zurückgekehrt ist, die deutschen Vorschläge prüfen. Der Reichstagsrat empfing am Donnerstag nachmittags zur Verabschiedung die noch in Berlin weilenden Finanzaußenminister und sprach ihnen den Dank der Reichsregierung aus. Mit der heutigen Nacht an die Reparationskommission und den Gutachten der Sachverständigen beabsichtigt, sich am Donnerstag der Wirtschaft und, wie bereits gemeldet, der Finanzpolitische Ausmaß des Reichswirtschaftskrates in gemeinsamer Sitzung. Hierbei hielten die Mitglieder Hugo Sinnes und Georg Bernhard längere Reden, deren Nichtveröffentlichung einstimmig beschlossene wurde.

Poincaré droht weiter.

Aussprache im französischen Senat.

Paris, 10. November. (Eig. Drahtmeldung.) Der Senat beschloß gestern eine Aussprache über die Interpretation des Herrn Poincaré zu betonen, die Anwendung einer wirksamen Reparationspolitik im Auge gehabt. Invert erklärte, daß Frankreich jetzt entschlossen sei, friedlich zu bleiben unter der Bedingung, daß man keine militärischen Interessen und Interessen nicht bedrohe. Es ist sehr gut, durch Naturalisierungen bezahlt zu werden, aber neben Vorteilen ermöglicht das auch Gefahren und Nachteile; kann man uns durch Material allein die 10 Milliarden ersetzen, die wir bereits für die zerstörten Gebiete vorausgeschickt haben? Allerdings, wir haben als Garantie für unsere militärische Sicherheit den Rhein und als Sicherheit für den Wiederaufbau das Ruhrgebiet, das eine Art Ersatz menschlichen Fleisches darstellt. Die Herrschaft über das Ruhrgebiet zu haben, ist gleichbedeutend mit einer Kontrolle über den größten Teil der deutschen Produktion an Kohle, Eisen und Stahl und das heißt zugleich die weltlichen Herren Deutschlands, die in diesem Teil des Landes ihre Versuchslaboratorien haben, beherrschen. Der Herrsch ist nicht mit der Erklärung, daß die vollständige Belegung des Ruhrgebietes vielleicht gefährlich wäre, daß es aber die Unmöglichkeit in dem höchsten Gebiete ebenso lieg. Frankreich habe ein Pfand erster Ordnung. Es müsse sich heulen, daraus Nutzen zu ziehen. In

der Aussprache ergreift Poincaré das Wort. Er erinnerte daran, unter welchen Bedingungen er zur Zeit der Konferenz in Berlin sich gemeldet habe, eine neue Herzogung der deutschen Reparationspflichten anzuerkennen. Frankreich war niemals gegen eine internationale Anleihe, die es Deutschland erlauben sollte, sich im Voraus eines Teiles seiner Reparationspflichten zu entledigen. Aber Frankreich war der Ansicht, daß zunächst eine Kontrolle über die deutschen Finanzen ergriffen werden müsse. Wenn es nur um uns obginge, so hätte Poincaré gern, so würde diese Kontrolle, die die Reparationskommission jetzt in Berlin zu erziehen vermag, schon sehr langem vorteilhaft sein. Eine Ergrößerung von Währungs durch Frankreich allein würde nicht denselben moralischen Wert und auch nicht dasselbe finanzielle Ergebnis haben, wie eine gemeinsame Ergrößerung von Währungs durch die Alliierten. Bevor diese Frage in ihrer Gesamtheit auf der Brückler Konferenz gelöst wird, hat die französische Regierung sich bemüht, dem Reich die Realisierbarkeit aus Deutschland zu verhindern. Das Deutsche Reich liegt in diesem Punkte seinen früheren Willen (?) ziemlich klar entgegen. Und was die Währungs betrifft, die tagen zu ergründen waren, besteht leider keine Einigkeit (?) zwischen den Verbündeten. Das Garantie Komitee ist in diesem Augenblick mit dieser Frage beschäftigt. Der französische Delegation wird alles tun, was er kann, um dem Reich die notwendigen Mittel der Alliierten Deutschlands entgegen zu bringen, um die Realisierbarkeit der Reparationspflichten vor den Alliierten zu erklären. Die verbündeten Nationen werden auf der Brückler Konferenz sich über die Möglichkeit einer Mobilisierung der deutschen Schuld auszuprobieren haben. Ich will mich an die Idee eines Emphyteutes nicht klammern, aber wenn wir keine Genehmigung erzielen, wird nichts uns hindern können, die Ausübung unserer Rechte lieber allein zu verfolgen, als daß wir darauf verzichten, besagt zu werden.

Der neue Einkommensteuertarif.

Berlin, 9. November. Der Reichstagsrat beschloß sich mit der Monarchie zum Einkommensteuertarif. Die Vorlage enthält einschneidende Änderungen für 1923. Der allgemeine Steuertarif wird so ausgestaltet, daß die Grenze des steuerbaren Einkommens, bei der nur 10 Prozent zu erheben sind, auf das Vierfache erhöht wird. Es sind also zu zahlen: Bei einem steuerbaren Einkommen von 400 000 M. 10 Proz., bei weiteren 200 000 M. 15 Proz., bei nochmals 200 000 M. 20 Proz., bei weiteren 600 000 M. 30 Proz., bei weiteren 800 000 M. 35 Proz., bei nochmals weiteren 800 000 M. 40 Proz., bei weiteren 800 000 M. 45 Proz., bei weiteren 400 000 M. 50 Proz., bei weiteren 400 000 M. 55 Proz., und von allen höheren Beträgen 60 Proz.

Die allgemeine Einkommensteuer ermäßigt sich um je 2 400 M. für den Steuerpflichtigen und dessen Ehefrau, wenn das steuerbare Einkommen nicht mehr als 400 000 M. beträgt und um je 4 800 M. für minderjährige Kinder. Außerdem sind besondere Ermäßigungen für Steuerpflichtige über 60 Jahre vorgesehen, die in ihrem Einkommen 200 000 nicht übersteigen.

Für 1922 ist in der Regierungsvorlage lediglich der allgemeine Steuertarif etwas ermäßigt worden. Der Betrag, bis zu dem die Steuer nur 10 Proz. beträgt, ist von 100 000 M. auf 250 000 M. erhöht worden. Die Einkommensteuer beträgt danach für die ersten 250 000 M. 10 Proz., bei weiteren 125 000 M. steigt sie auf 15 Proz., bei weiteren 125 000 M. auf 20 Proz., bei nochmals 125 000 M. auf 25 Proz., bei 375 000 M. weiteren Einkommens auf 30 Proz., bei weiteren 500 000 M. auf 35 Proz., bei weiteren 500 000 M. auf 40 Proz., und bei nochmals 500 000 M. auf 45 Proz., bei weiteren 250 000 M. auf 50 Proz., bei nochmals 250 000 M. auf 55 Proz., und bei weiteren Beträgen auf 60 Proz.

Entpannung im Orient?

Konstantinopel, 10. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die türkische Delegation wurden nach Konstantinopel abgeholt. Die Studenten der Universität haben Smith Balboa eine goldene Feder geschenkt, um den Friedensvertrag damit zu unterzeichnen. Die Lage in der Stadt ist wieder ruhig. Rief Balboa zeigt sich optimistisch. Gestern nacht fand in der hohen Flotte eine Unterredung zwischen Rief Balboa und den alliierten Kommissaren statt, um die Fragen der Zollpolitik, des Seehandelsverkehrs und der wirtschaftlichen Maßnahmen zu erörtern. So meint, daß in diesen Besprechungen ein Kompromiß auf folgender Grundlage zustande gekommen ist: Rief Balboa erklärt sich bereit, mit den alliierten Vertretern, die in verschiedenen Kommissionen gegenwärtig unter der Kontrolle der alliierten Funktionäre beraten, mitzuwirken. Die Beschlüsse, die durch diese Kommissionen gefaßt werden, müssen sowohl von den Alliierten als auch von den Kemalisten loyal befolgt werden.

Heutiger Stand des Dollars 7800!

Amerika und Europa.

Wahltag der Demokraten. - Auswirkung erst zum Frühjahr.

In die europäischen Reparationsverhandlungen und Wirtschaftskrisen hinein klingt geistig ein Signal der demokratische Sieg bei den nordamerikanischen Kongreßwahlen, die verfassungsgemäß am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November stattfinden. Was bedeutet dieser Sieg für das notleidende Europa? Zunächst ist zu bemerken, daß dieser Sieg, wenn er einen Umsturz in der Wahngewinn für die Vereinigten Staaten bedeuten sollte, sich erst im nächsten Jahre auswirken wird. Denn bis zum 4. März 1923 behält der republikanische Präsident mit seinem republikanischen Kabinet und dem republikanischen Senat die sehr weit reichenden Regierungsgewalt. Diese mögen zwar durch Kongreßsitten an der Volksstimme, die mehr und mehr gegen eine wirtschaftspolitische Isolierung Amerikas gerichtet ist, gemildert sein. Aber eine grundsätzliche Ueberwindung die bisherige Linie der Regierungspolitik verläufig nicht erfahren. Man darf auch nicht übersehen, daß der amerikanische Wahlsieg des 7. November vor allem um innerpolitische Dinge ging und daß die europäische Frage dabei eine ganz nebenläufige Rolle spielte. Man spricht über den Schicksal und über die Prohibition (das Anti-Alkoholgebot). Der kürzlich Gesetz gewordenen Zolltarif mit seinen zum Teil maßlosen Erhöhungen zogen jeden Amerikaner zu unmittelbarer, persönlicher Zielangabe. Dieses war dem Unterjünglingsgefühl Fordney und dem Senat der Bundesgesetzgebungs-Zielangabe war keine Partei und Klassen-Gegehung, war die Befähigung einiger Großindustrieller und Großkapitalisten zum Schaden der Allgemeinheit. Die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz stellen es ganz in das Zeichen des Präsidents, die hohen Zolltarifen nach Gutdünken noch höher zu bauen. Dagegen gilt es aufzutreten. Dagegen haben die Demokraten einen Sturm entzündet.

Schon während des Krieges hat das amerikanische Volk über „H. C. L.“ (high cost of living), über die hohen Kosten der Lebenshaltung laut gemurmelt, und die Unzufriedenheit mit den steigenden Schwierigkeiten einer gutbürgerlichen Haushaltung ist mit jedem Jahr gewachsen. Die neuen Zölle erhöhen diese Schwierigkeiten ganz beträchtlich. Die neuen Preise für Lebensmittel, Kleidung und Wohnung werden - auch in Amerika! - immer erschwerender. Die im Krieges und nach dem Krieges teils verarmten, teils nur vorübergehend wirtschaftlich zurechtgefundenen Schichten der gelehrten Arbeiter und des urbanen Mittelstandes wurden über diese Entscheidung, fast möchte man sagen, über die europäische Krise, ganz unzufriedener. Und so kam es, daß besonders in den großen Städten die Frauen, die unzufriedenen Arbeitsschichten und die unter der Rohführung nach dem großen Ertrags besonders starb leidenden Industriearbeiter das volle Gewicht ihrer Stimmen den Demokraten gegeben haben. Der Protest gegen die „Einbußen“ der republikanischen Regierung erfolgte also zunächst nur aus innerpolitischen Bedankengängen heraus. Obgleich hat die demokratische Durchführung des Prohibitionsgesetzes gegen den Meinen Mann, während die großen und heimlichen Sünden ungeschoren gelassen werden, der demokratischen Opposition, „vor allem weil die Opposition ist“ große Wählermassen in die Arme getrieben. Natürlich wurde nebenher auch die europäische Frage in der Agitation des amerikanischen Wahlkampfes benutzt, um Stimmung gegen das System Harding zu machen. Man darf der republikanischen Regierung vor, die habe die Vereinigten Staaten in eine wirtschaftliche Isolierung verlegt, weil sie sich bedarrlich weigerte an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuarbeiten und in den Vorkriegsstand einzutreten, in den Vorkriegsstand, dem mit oder ohne Deutschland, das wirksame Instrument des europäischen Wiederaufbaus sei (wobei ja in Europa selbst die Anstifter sehr tätig find!).

Selbstfalls erklären die demokratischen Wähler, die jetzt für die Vereinigten Staaten ist gekommen, aus der bisherigen Zurückhaltung herauszutreten, und noch wichtiger sei das Problem der Reparationen, das von der republikanischen Regierung gleichfalls entgegen den amerikanischen Interessen achlos belassen worden sei. Aufjehend schon unter dem Druck dieser demokratischen Forderungen haben Hughes und Harding den amerikanischen Vertreter bei der Reparationskommission, den Senator Woodrum zu den Verhandlungen nach Berlin mitgehen lassen. Während Woodrum bisher nur stiller Beobachter und Fortsprecher war, scheint er neuerdings bestimmte Vorschläge gemacht zu haben, die in der nächsten Zeit in eine amerikanische Erklärung nach unten kommen. Man wird sich zum nächsten Frühjahr machen müssen, ob ein demokratisches Washington für die Rettung Europas mehr Verständnis hat als ein republikanisches.

Die Wahlen in Polen.

Der polnische Ministerpräsident durchgefallen!

Warschau, 10. November. (Eig. Drahtmeldung.) Die Wahl-ergebnisse in den amtierenden Wahlen zeigen einen überraschenden Sieg des Rechtsblocks, der in Polensinnen sämtliche 16 Mandate, in der Reichswahlbezirk ausgerechnet 5 von 6, in Preußen-Litauen 3 von 5 erlangt hat. Die Parteienzugehörigkeit der Gewählten 352 Abgeordneten verteilt sich wie folgt: Rechtsblock 180, Bürgerliche Volkspartei (Bios-Partei) 57, Arbeiter-

Das Reichsamt für den Reichsbürgertum...

Neues vom Tage

Die Amerikaner sind nicht mehr die einzigen, die auf Grund...

Neues vom Tage

Die Amerikaner sind nicht mehr die einzigen, die auf Grund...

Kundfänger als Ausgleich für Umlage.

Die Hauptverpflichtung des Deutschen Landwirtschaftsverbandes...

Einheitsbücherei.

Bei seinen Beratungen im Juli d. J. hatte der Ausschuss für...

Mitgliedern auf die...

Aus den Reichstagen von 1920 und aus den Reichstags...

Geheimrat Ziehen.

Ein namhafter Wissenschaftler und Vorkämpfer, ein sehr beliebter...

Schiffexplosion bei Cuxhaven.

Über eine schwere Schiffskatastrophe in der Gegend...

Denkmalschwandung.

Das Hamburger Kaiser-Wilhelm-Denkmal...

Reichstagstagung 1930 in Brüssel.

Nach einem Bericht der 'Anschauung'...

Die Zusammenkunft des amerikanischen Kongresses.

Die Zusammenkunft des amerikanischen Kongresses dürfte...

Ein marokkanisches Schiff.

Ein marokkanisches Schiff befindet sich in der Schwenke...

Schwere Unfälle in Wien.

Wie das 'Journal' berichtet, ereigneten sich in der...

Verkehrsmittel...

Verkehrsmittel...

Schwere Unfälle in Wien.

Wie das 'Journal' berichtet, ereigneten sich in der...

Stadtheater...

Stadtheater...

Verdrin Dr. med. Schillers Biographie.

Verdrin Dr. med. Schillers Biographie...

Schiffexplosion bei Cuxhaven.

Über eine schwere Schiffskatastrophe in der Gegend...

Die Zusammenkunft des amerikanischen Kongresses.

Die Zusammenkunft des amerikanischen Kongresses dürfte...

Ein marokkanisches Schiff.

Ein marokkanisches Schiff befindet sich in der Schwenke...

Schwere Unfälle in Wien.

Wie das 'Journal' berichtet, ereigneten sich in der...

Verkehrsmittel...

Verkehrsmittel...

Stadtheater...

Stadtheater...

Verdrin Dr. med. Schillers Biographie.

Verdrin Dr. med. Schillers Biographie...

Schwere Unfälle in Wien.

Wie das 'Journal' berichtet, ereigneten sich in der...

Stadtheater...

Stadtheater...

Verdrin Dr. med. Schillers Biographie.

Verdrin Dr. med. Schillers Biographie...